Aus: Iten/Spéth/Brügger (2025): Schweizer Kapitalismus. Wien.

HANS BAUMANN UND ROBERT FLUDER

Konservierung von Ungleichheit und Klassenstruktur: Entwicklungen seit 1950

Einleitung

Gegenstand dieses Beitrages ist die Betrachtung der kapitalistischen Entwicklung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Schweiz und der damit zusammenhängenden Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse. Vor allem die erste Phase dieser Periode war geprägt durch eine Entfesselung der Produktivkräfte und führte in den Industrieländern zu einem rasanten Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig wurden Ausbeutungsverhältnisse und Abhängigkeiten konserviert oder verstärkt, materielle und nichtmaterielle Ungleichheiten nahmen zu.

Materielle Ungleichheit, die hier im Fokus steht, manifestiert sich in allen Lebensbereichen: im Zugang zu Bildung, zu gutem Wohnraum, zu kulturellen Einrichtungen, zu einer attraktiven Erwerbstätigkeit und zu höheren sozialen Positionen. Auch beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu sozialen Netzwerken und beim umweltschädlichen Verbrauch von ökologischen Ressourcen zeigen sich krasse Ungleichheiten nach Wohlstandsgruppen. So sind die Chancen für eine gute Gesundheit und hohe Bildung bei Menschen aus finanziell gut ausgestatteten Haushalten um ein Vielfaches besser als bei den Gruppen mit geringem Einkommen und ohne Vermögen. Die Benachteiligungen in den verschiedenen Lebensbereichen kumulieren sich und führen zu ausgesprochen ungleichen Lebenschancen. Einem Teil der Bevölkerung gelingt es trotz hohem Einsatz bis heute nicht, ein ausreichendes Einkommen zu erzielen, das auch nur für einen minimalen Lebensunterhalt reicht. Hier stellt sich die Frage, warum die von der gesamten Gesellschaft erwirtschafteten Werte so ungleich verteilt sind. In den letzten Jahrzehnten ist eine Tendenz festzustellen, dass Reiche immer reicher werden und gleichzeitig ein immer größerer Teil der Bevölkerung nicht über genügend lebenswichtige Güter und Dienstleistungen verfügt. Die Bevölkerung nimmt dies auch subjektiv wahr: Laut Umfragen ist sie zunehmend besorgt über die steigende Ungleichheit (OECD 2021).

Kapital und Arbeit, Mehrwert und Lohn

Für die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und der Veränderung von Ungleichheiten interessiert die Frage, wie sich der Anteil der Profite und Vermögenseinkommen im Verhältnis zu den Löhnen beziehungsweise den Arbeitseinkommen entwickelt hat. Eine Messgröße für die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit ist die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen.[1]

Marx hat als Maß für die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit die Mehrwertrate verwendet und diese als Verhältnis des Mehrwerts zum Variablen Kapital definiert. In den Begriffen der heutigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) kann dies als Verhältnis der Nettobetriebsüberschüsse (Profite) und Vermögenseinkommen zum Entgelt der Arbeitnehmenden (inklusive aller Sozialleistungen) gemessen werden. Ausgehend von der Datenreihe der VGR ergibt sich daraus eine Spiegelung der Lohnquote, allerdings mit stärkeren Ausschlägen (Abbildung 1).[2]

Lohnquote relativ stabil

In den meisten Industrieländern stieg die Lohnquote in der durch das fordistische Produktionsmodell[3] und soziale Reformen geprägten Periode bis in die 1970er Jahre an. Damit verschob sich die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeit. Seither, und bis zum Ende des letzten Jahrzehnts weist die Lohnquote eine abnehmende Tendenz auf. In der Schweiz war der Verlauf bis zu den 1970er Jahren ähnlich. Danach blieb sie bis zur Finanzkrise von 2007 nahezu konstant und nimmt seither wieder

1 Die traditionelle Volkswirtschaftslehre spricht hier von der „funktionalen Einkommensverteilung". Im Unterschied dazu wird bei der personellen Einkommensverteilung der Anteil verschiedener Einkommensgruppen am Volkseinkommen betrachtet, egal ob es sich um Lohneinkommen, Einkommen Selbstständigerwerbender, Vermögenseinkommen oder Transfereinkommen handelt.

2 Verschiedene Autoren haben versucht, für die Berechnung der Mehrwertrate andere Methoden zu verwenden, um der Begrifflichkeit von Marx näher zu kommen. Insbesondere müssten für die Ermittlung der Mehrwertrate der öffentliche Sektor und gewisse Dienstleistungsbereiche ausgeklammert werden. Das Ergebnis dieser Berechnungen ist jedoch ähnlich: Sie unterscheiden sich in der absoluten Höhe der Rate, bezüglich der Veränderungen über die letzten Jahrzehnte sind sie aber fast gleich. Siehe den Beitrag von Schäppi und Herzog in diesem Band, Abschnitte zur Berechnung der Mehrwert- und Profitrate.

3 Als fordistisches Produktionsmodell wird das in den USA entwickelte industrielle Modell der Massenproduktion verstanden, das einerseits ein hohes Maß an Kapitalakkumulation ermöglichte, gleichzeitig aber auch Löhne und Konsum ankurbelte. Es ist in der Regel begleitet von einer ausgebauten Sozialpartnerschaft und Sozialreformen. Der Begriff, ursprünglich von Antonio Gramsci geprägt, ist heute allerdings nicht unumstritten.

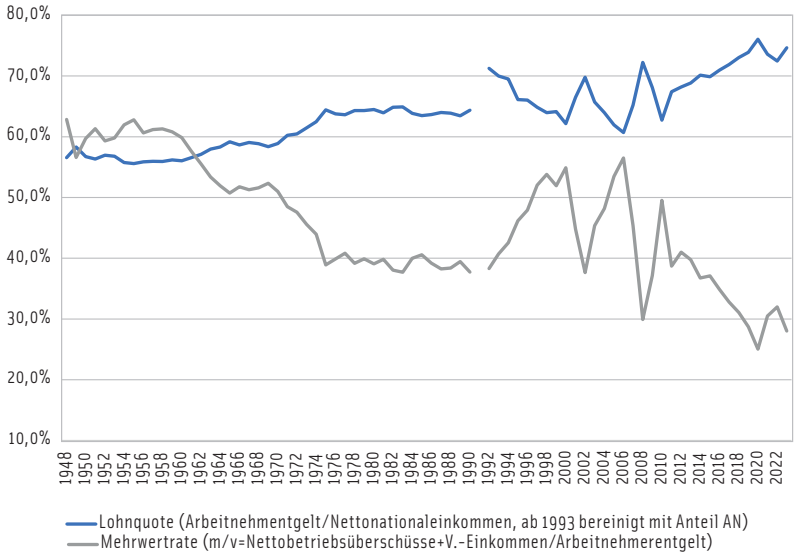

Abbildung 1: Lohnquote und Mehrwertrate Schweiz 1948–2023. Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) des Bundesamtes für Statistik (BFS), Erwerbstätigenstatistik BFS. Die Datenreihen vor 1991 sind nur bedingt mit den Daten nach 1991 vergleichbar, da die VGR 1995 grundlegend revidiert wurde.

leicht zu.[4] Entsprechend zeigt der Verlauf der Mehrwertrate bis in die 1970er Jahre und dann wieder seit 2007 eine abnehmende Tendenz. (Abbildung 1)

Mit einer stagnierenden oder leicht steigenden Tendenz der Lohnquote in der Periode nach den 1970er Jahren ist die Schweiz im Vergleich mit den meisten anderen Industrieländern eine Ausnahme. Welches könnten die Gründe dafür sein, und ist es plausibel, dass die Lohnabhängigen ihren Anteil am Einkommen erhalten haben oder sogar leicht erhöhen konnten?

Langfristig haben sich die Reallöhne nach einer negativen Entwicklung während der ersten Kriegsjahre im Zweiten Weltkrieg zuerst leicht und in den ersten Nachkriegsjahren stark positiv entwickelt. Es folgt eine Phase der Stagnation, mit nur geringen Reallohngewinnen bis in die späten 1950er Jahre. Ab Ende der 1950er Jahre bis in die frühen 1970er Jahre nehmen die Reallöhne in der expansiven Phase des Schweizer Kapitalismus stark zu. Die Krise der 1970er Jahre und der dadurch ausgelöste wirtschaftliche Wandel führten zu einer Verflachung der Reallohnentwicklung, was mit der stagnierenden Lohnquote korrespondierte (Abbildung 1). Erst in der Phase nach der Finanzkrise nahmen die Löhne (bis 2016) wieder deutlich zu, worauf die jüngste Phase mit stagnierenden oder auch sinkenden Löhnen folgte. 2023 sind die Löhne wieder auf das Niveau von 2015 gefallen

4 Lohnquote und Mehrwertrate sowie andere Indikatoren zur Ungleichheit und Verteilung werden vom Denknetz seit 1980 und jährlich seit 2008 erfasst und publiziert (Denknetz 2024).

(BFS 2023). Nicht im Reallohnindex berücksichtigt sind die in den letzten Jahren stark angestiegenen Krankenkassenprämien. Sie haben die real verfügbaren Löhne nochmals reduziert.

Auffallend ist, dass seit den 1970er Jahren die Frauenlöhne stärker zunahmen als die Männerlöhne: Damit hat sich der Gender Wage Gap längerfristig reduziert. In den letzten Jahren ist dies aber kaum mehr feststellbar (Denknetz 2024). Letzteres gilt auch für die Gesamteinkommen der Frauen gegenüber den Männern, dem Gender Overall Earnings Gap (GOEG)[5] (Madörin 2023).

Lohnwachstum tiefer als Produktivitätszunahme

Die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit kann auch daran gemessen werden, wer wie stark von den Produktivitätsgewinnen profitiert. Ist das Reallohnwachstum gleich hoch wie die Produktivitätszunahme, so bleibt die Verteilung konstant. Nimmt jedoch die Produktivität stärker zu als die Reallöhne, ergibt sich eine Umverteilung der Wertschöpfung zugunsten des Kapitals. In der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre war dies umgekehrt. Die Löhne stiegen und die Lohnquote nahm zu, während die Mehrwertrate sank (vgl. Abbildung 1). Im postfordistischen Produktionsmodell ab den 1990er Jahren driftete die Entwicklung der Reallöhne und der Arbeitsproduktivität wieder auseinander (Abbildung 2). In dieser Periode stagnierten die Reallöhne und die Lohnquote sank, die Arbeitsproduktivität nahm stark zu und überstieg das Wachstum der Reallöhne deutlich. Dies setzte sich mit Schwankungen bis in die letzten Jahre fort. Damit nahm der Rückstand der Löhne auf die Arbeitsproduktivität nochmals deutlich zu.

Ein Vergleich der Entwicklung der Reallöhne mit der Arbeitsproduktivität seit 1991 zeigt, dass eine deutliche Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen und Vermögenseinkommen stattgefunden hat. Dass sich dies nicht in einer sinkenden Lohnquote beziehungsweise steigenden Mehrwertrate manifestierte, hat mehrere Gründe:

– Ein Hauptgrund sind die Unschärfen in der Abgrenzung zwischen Lohneinkommen und Kapitaleinkommen in der VGR. So werden die Einkommen der Selbstständigerwerbenden, also auch jene von Landwirten und Ein-Personen-Firmen im Dienstleistungsgewerbe, in der VGR unter der Position „Nettobetriebsüberschüsse“, also als Gewinne erfasst. Sinken diese Einkommen, dann steigt die Lohnquote, auch wenn die Löhne stagnieren. Dies dürfte während der Pandemiejahren der Fall gewesen sein, als die Einkommen von Selbstständigerwerbenden im Dienstleis-

5 Im Jahr 2018 lag der GOEG für die Schweiz bei 43,2 Prozent. Dies bedeutet, dass das Einkommen von Frauen, bezogen auf alle während des Erwerbslebens (15 bis 64 Jahre) geleisteten Arbeitsstunden, um 43,2 Prozent niedriger ist als das der Männer (BFS 2024a).

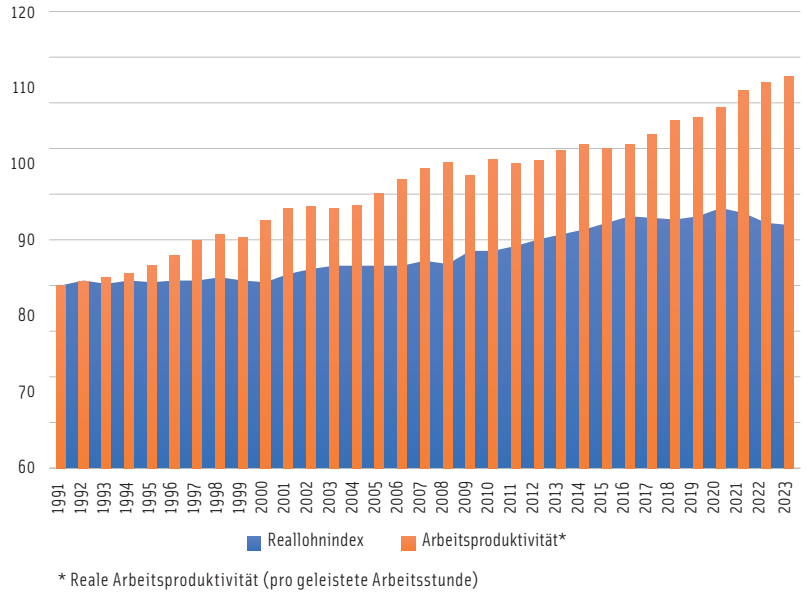

Abbildung 2: Entwicklung der Reallöhne und der Arbeitsproduktivität Schweiz (1991 = 100). Quellen: BFS 2024

tungs- und Kulturbereich stärker zurückgingen als die Löhne, die mittels Kurzarbeit und der GAV-Mindestlöhne stabilisiert wurden.

– Zur relativen Stabilität der Lohnquote hat auch beigetragen, dass sich in der Schweiz der Niedriglohnsektor seit der Jahrtausendwende nicht ausgedehnt hat. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern und insbesondere den USA konnten die tiefsten Löhne dank der Einführung von Mindestlöhnen und der Ausdehnung von Gesamtarbeitsverträgen stabilisiert oder gar angehoben werden. Dies gilt mindestens bis zum Jahr 2015.
– Der hier im Vergleich mit der Produktivität verwendete Reallohnindex des BFS erfasst nicht alle strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Wenn Sektoren mit hohen Löhnen entstehen oder überdurchschnittlich stark wachsen (zum Beispiel der aufstrebende IT-Bereich) wirkt sich dies nicht oder nur stark verzögert auf den Index aus. Das Gleiche gilt allerdings auch umgekehrt, wenn etwa der Bankensektor schrumpft oder neue Niedriglohnsektoren entstehen, wie zum Beispiel der Bereich der persönlichen Dienstleistungen. Zudem erfasst der BFS-Lohnindex das oberste Prozent der Lohnabhängigen nicht oder nur ungenügend. Deshalb wird von verschiedener Seite angeführt, dass der BFS-Lohnindex die Lohnentwicklung eigentlich zu tief ausweist.[6]

6 So beispielsweise der ETH-Ökonom Michael Siegenthaler im *Tages-Anzeiger* vom 27.8.2024 (Tages-Anzeiger 2024). Siehe dazu auch Schöchli 2024. Die AHV-Lohnstatistik, die wir unten für die Analyse der Lohnspreizung verwenden, zeigt einen etwas positiveren Verlauf als der BFS-Lohnindex, weist aber auch einen Rückstand auf die Produktivität aus.

In der Lohnquote der VGR hingegen sind auch alle Spitzeneinkommen, inklusive Boni oder Pensionskasseneinkäufe enthalten. Diese Spitzeneinkommen haben in den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich zugenommen und sind in der Privatwirtschaft eher den Gewinnen beziehungsweise dem Kapitaleinkommen zuzurechnen als den Löhnen.

Um Letzteres zu korrigieren, haben wir den Einkommensanteil des obersten Prozents der Lohnbeziehenden aus der Lohnquote herausgerechnet und entsprechend eine korrigierte Lohnquote berechnet, die um bis zu 6 Prozent tiefer liegt als die unkorrigierte Quote. Vor dem Jahre 2000 und vor der Finanzkrise sank die korrigierte Lohnquote etwas schneller als die unkorrigierte und in den 2010er Jahren stieg sie stärker an, während das Absinken der korrigierten Mehrwertrate moderater ausfiel.

Auch wenn die Lohnquote in den letzten Jahren leicht höher war als im ersten statistisch vergleichbaren Jahr 1993: Unser Vergleich von Lohnquote, Lohnwachstum und Produktivitätszunahme zeigt, dass eine große Mehrheit der Lohnabhängigen mindestens seit den frühen 1990er Jahren weniger stark vom Wachstum profitierte als die Kapitalseite. Dass eine deutliche Umverteilung von den Löhnen zu den Kapital- und Spitzeneinkommen stattgefunden hat, zeigt auch die nachfolgende Analyse der Ungleichheit bei den Löhnen und den Haushaltseinkommen sowie die stark zugenommene Vermögenskonzentration der letzten Jahrzehnte.

Entwicklung der Lohn- und Einkommensungleichheit

Wird die Entwicklung der Lohnanteile ausgewählter Perzentilgruppen anhand der AHV-Statistik betrachtet, so zeigt sich, dass seit Mitte der 1990er Jahre die Spitzenlöhne, das heißt vor allem das oberste Promille und das oberste Prozent, deutlich stärker zugenommen haben als die mittleren Löhne (vgl. Abbildung 3). Das oberste Tausendstel konnte den Lohn seit 1982 mehr als vervierfachen, das oberste Prozent verdreifachen.[7] Deutlich zugenommen haben auch die obersten 10 Prozent. Gleichzeitig haben etwa seit 2007 die unteren Lohnsegmente leicht überdurchschnittlich zugenommen. Hier dürften die flankierenden Maßnahmen zu den bilateralen Abkommen, die Mindestlohnkampagnen der Gewerkschaften und jene gegen Lohndiskriminierung Wirkung gezeigt haben. Bei den untersten 20 Prozent handelt es sich vor allem um Löhne von Teilzeitbeschäftigten und prekär Beschäftigten, die nur einen Teil des Jahres angestellt sind.[8] Teilzeitbeschäftigte, vor allem Frauen, konnten offensichtlich in den letzten Jahren ihre Pensen erhöhen, dies könnte einen Teil des deutlichen Anstiegs nach 2015 erklären. Demgegenüber lag die Zu-

7 Verglichen wird hier das AHV-Einkommen der Arbeitnehmenden, also die nominelle Lohnentwicklung ohne Berücksichtigung der Teuerung.

8 Die AHV-Statistik erfasst alle Jahreslöhne. Teilzeitverhältnisse werden nicht auf 100 Prozent umgerechnet.

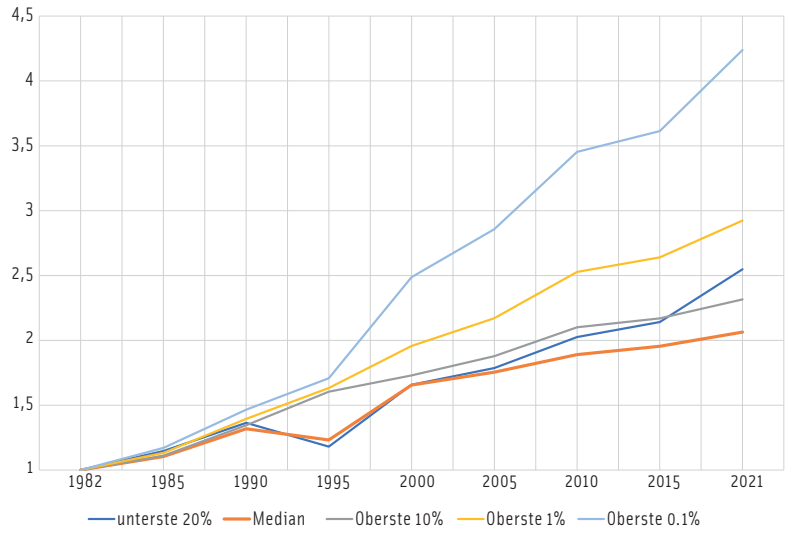

Abbildung 3: Entwicklung der AHV-Erwerbseinkommen verschiedener Einkommensgruppen von Arbeitnehmenden 1982–2021 (1982 = 100). Quelle/Erläuterung: BSV: AHV-Einkommen der Arbeitnehmenden, Sonderauswertung AHV-Statistik, eigene Berechnungen. Es handelt sich um die nominelle Lohnentwicklung, ohne Berücksichtigung der Teuerung.

nahme der Löhne im mittleren Segment, in Abbildung 3 durch den Medianlohn dargestellt, unter dem Durchschnitt. Der mittlere Lohn hat sich seit 1982 nominell nur etwa verdoppelt, unter Berücksichtigung der Teuerung ergibt das eine Zunahme von rund 30 Prozent.

Der mittlere Lohn (Median) lag inklusive Teilzeitpensen bei knapp 62 000 Franken im Jahr. Der durchschnittliche Lohn der obersten 10 Prozent betrug 216 000 Franken, beim obersten Prozent lag er bei fast 600 000, beim obersten Tausendstel bei rund 1.9 Millionen Franken. In diesem Lohnsegment gibt es noch ca. 5 000 Personen.

Ungleichheit der Haushaltseinkommen

Am besten lässt sich das Wohlstandsniveau am gesamten Äquivalenzeinkommen eines Haushalts messen. Dabei werden neben dem Erwerbseinkommen auch die Transfereinkommen, also zum Beispiel Renten oder Arbeitslosenentschädigung, und die Einkommen aus Vermögen (Dividenden, Zinsen) berücksichtigt. Aufgrund der sehr ungleichen Verteilung der Vermögen sind die Vermögenseinkommen äußerst ungleich verteilt. Berechnungen anhand der Steuerdaten des Kantons Bern für das Jahr 2015 zeigen, dass die obersten 10 Prozent über drei Viertel aller Vermögenseinkünfte verfügen und das durchschnittliche Vermögenseinkommen des obersten Prozents 305 000 CHF beträgt. Der Gini Index[9] beträgt beim Vermögenseinkommen 0,86, während

9 Der Gini-Index ist ein Maß für die Ungleichheit der Verteilung. Beträgt er 0, haben alle gleich viel, beträgt er 1, hat ein Haushalt alles, alle anderen nichts.

er beim Gesamteinkommen bei 0,36 liegt (Fluder, Farys und Baumann 2021, 106). Somit treibt das Vermögenseinkommen die Einkommensungleichheit erheblich in die Höhe. Umgekehrt ist es beim Transfereinkommen. Die Höchstrenten von AHV und IV sind nur doppelt so hoch wie die Mindestrenten, während sich die Beiträge nach den Erwerbseinkommen richten und nach oben unbeschränkt sind. Weiter soll mit den Bedarfsleistungen ein existenzsicherndes Minimaleinkommen sichergestellt werden, wo vorhandenes Einkommen dazu nicht ausreicht. Somit wird die Einkommensungleichheit durch die Sozialtransfers vermindert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre ging die Ungleichheit der Haushaltseinkommen zurück. Ab den 1990er Jahren bis zur Finanzkrise der Jahre 2000 und 2008 zeigt sich eine deutliche Zunahme der Ungleichheit: Gemäß WID-Datenbank (WID 2024) konnten die reichsten 10 Prozent bis 2007 ihren Anteil am Einkommen deutlich erhöhen, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung das Nachsehen hatte. Seither hat sich die Einkommensverteilung nicht mehr stark verändert. Die reichsten 10 Prozent verfügen mit über knapp einem Drittel des Einkommenskuchens über deutlich mehr Einkommen als die untere Hälfte der Bevölkerung, die sich mit weniger als einem Viertel begnügen muss (Abbildung 4).

Als Indikator zur Einkommensungleichheit wird im Denknetz-Gleichheitsmonitor seit 2008 das Einkommensverhältnis der oberen 20 Prozent zu den unteren 20 Prozent der Einkommenspyramide aufgeführt. Im Gegensatz zu den Aussagen der WID-Indikatoren hat sich dieses Verhältnis auch in den letzten zehn Jahren nochmals deutlich von 4,2 auf 4,7 vergrößert (Denknetz 2024).

Bei Berücksichtigung der Steuern würde sich die Einkommensungleichheit allerdings wieder etwas vermindern,[10] wobei die Umverteilung durch Steuern in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern relativ gering ist (OECD 2008; Hümbelin, Farys, Jann und Lehmann 2021). (Abbildung 4)

Die Vermögenskonzentration nimmt seit 1990 markant zu

Gemäß dem „Global Wealth Report" der UBS (2024) beträgt das Durchschnittsvermögen pro erwachsener Person in der Schweiz 710 000 Dollar. Dies ist das höchste Durchschnittsvermögen der Welt, weit vor den USA, die an zweiter Stelle liegen. Die Schweiz ist damit eines der wohlhabendsten Länder der Welt. Der Reichtum in der Schweiz ist allerdings sehr ungleich verteilt. So liegt der Median des Vermögens nur bei rund 171 000 Dollar.[11] Gemessen

10 Gemessen am Gini-Index ergibt sich eine Abnahme von etwa 4 Prozentpunkten (Fluder, Farys und Baumann 2023, 71).

11 Der Median zeigt an, dass 50 Prozent der Erwachsenen weniger als 171 000 besitzen und 50 Prozent mehr. Je stärker sich der Median und der Mittelwert unterscheiden, desto größer ist die Ungleichheit.

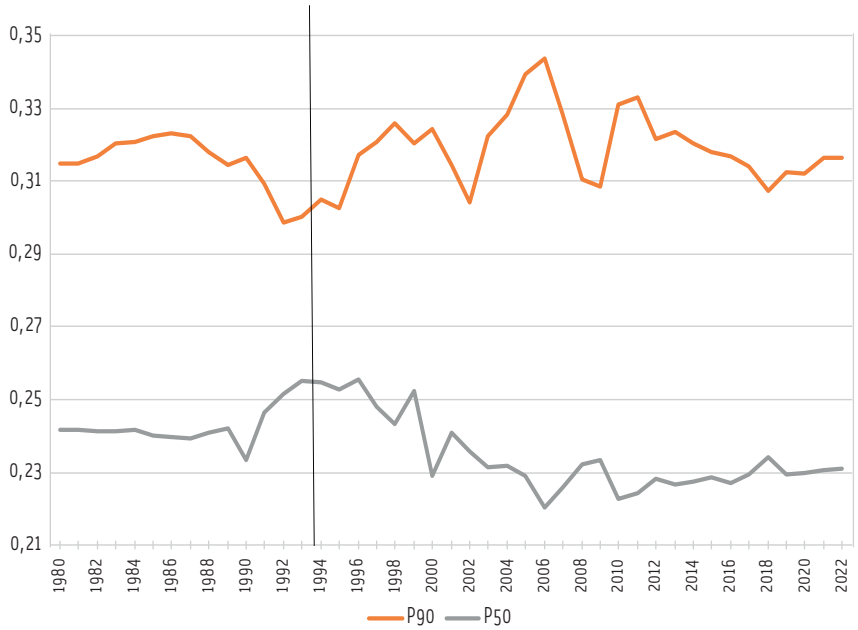

Abbildung 4: Einkommensanteile der reichsten 10 Prozent und der einkommensschwächsten Hälfte. Quelle: WID-Datenbank. Einkommen von Personen über 20 Jahren vor Steuern.

am Medianvermögen liegt hier die Schweiz nur noch an siebter Stelle hinter Ländern wie Belgien, Dänemark und Neuseeland, deren (durchschnittlicher) Reichtum tiefer, jedoch gleichmäßiger verteilt ist.

Die Hälfte der Bevölkerung besitzt nichts oder fast nichts

Nimmt man die neueste Vermögensstatistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) als Datenbasis, ergeben sich nochmals andere Werte. Der Hauptgrund dafür ist, dass die CS/UBS-Studie die Pensionskassenguthaben als Privatvermögen miteinbezieht, die ESTV-Statistik jedoch nicht. Die zweite Säule ist eine Sozialversicherung und in der Schweiz ein wichtiger gesetzlicher Teil der Altersvorsorge, auf den vor der Pensionierung in der Regel nicht zugegriffen und der nicht vererbt werden kann.[12] Deshalb ist es fragwürdig, die angesparten Pensionskassenvermögen miteinzurechnen. Gemäß ESTV-Statistik beträgt das Durchschnittsvermögen pro erwachsener Person 311 000 Franken, im Vergleich mit der CS/UBS-Studie also nur etwa die Hälfte. Die extrem ungleiche Verteilung der Vermögen zeigt sich daran, dass die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung rund drei Viertel des Vermögens besitzen. Für die große Mehrheit von 95 Prozent der Bevölkerung

12 Eine Ausnahme besteht beim Erwerb von selbstbewohntem Wohneigentum und beim Beginn einer selbstständigen Erwerbstätigkeit. Auch im Todesfall verfallen Anwartschaften, außer Renten, an Ehepartner und das bei der Pensionierung bezogene Kapital.

bleibt somit nicht mehr viel übrig: Deren Vermögen beträgt durchschnittlich noch rund 100 000 Franken.

Und wie steht es mit der unteren Hälfte der Wohlstandspyramide? Hier sieht das Bild ganz anders aus und kontrastiert mit dem Klischee der „reichen Schweiz". Ohne Berücksichtigung der Pensionskassenvermögen verfügt die Hälfte der Erwachsenen nur über wenige Ersparnisse, besitzt gar nichts oder ist gar verschuldet. Für 55 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ergibt dies nur ein durchschnittliches Vermögen von rund 7 500 Franken. Wie konnte es zu dieser extrem ungleichen Verteilung des Wohlstands kommen? Wie war es möglich, dass die oberste Schicht, das heißt vor allem Kapitalbesitzer, Vermögende und Spitzenverdienende, ihren Anteil am Reichtum so stark vergrößern konnte?

Entwicklung der Vermögensungleichheit

Gemäß Gleichheitsmonitor des Denknetzes konnte das reichste Prozent der Bevölkerung auch 2020 nochmals zulegen und verfügt über fast 47 Prozent des Gesamtvermögens.[13] Zwanzig Jahre zuvor betrug der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtkuchen noch rund 35 Prozent. Das Vermögen des obersten Prozents hat sich damit innerhalb von zwanzig Jahren von rund 270 Milliarden auf über eine Billion Franken erhöht. Das ist fast eine Vervierfachung. Nimmt man die reichsten 10 Prozent als Basis, ergibt sich eine ähnliche, jedoch nicht so steil ansteigende Kurve. Ihr Vermögensanteil ist seit 1980 von rund 55 Prozent auf 63 Prozent angestiegen (WID 2024). Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass die Schweiz nicht nur eine der besonders ungleichen Verteilungen aufweist, sondern dass diese Ungleichheit in den letzten Jahren auch stärker zugenommen hat als in vergleichbaren Ländern. Die hellrote Kurve in Abbildung 5 zeigt den Anteil des reichsten Prozents auf der Basis der WID-Daten, das heißt pro Erwachsenen und inklusive Pensionskassenguthaben. Die dunkelrote Kurve zeigt den Anteil auf der Basis der eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) (pro Steuerzahlenden, ohne Pensionskassenguthaben). Beide Kurven zeigen einen ähnlichen Verlauf, wenn auch auf verschiedenen Niveaus. Zudem hat die Ungleichheit auf der Basis der ESTV-Daten vor allem in den letzten Jahren nochmals stärker zugelegt.

13 Gemäß einem Bericht der eidgenössischen Steuerverwaltung ESTV (ESTV 2024) ist der Anteil des obersten Prozents der Vermögenden seit 2018 wegen unterschiedlicher Schätzmethoden nicht ganz so stark angestiegen wie im Denknetz-Gleichheitsmonitor. Der Bericht weist einen Anteil von 44,8 Prozent für das Jahr 2020 aus.

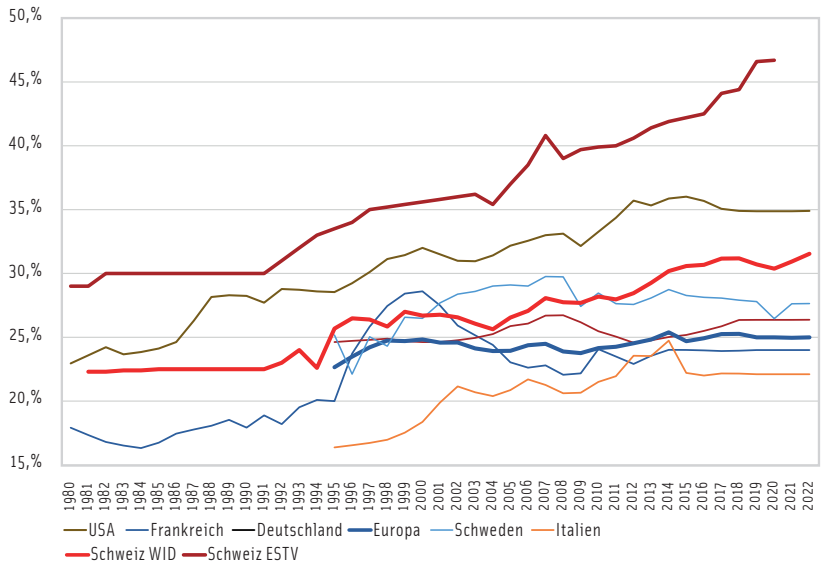

Abbildung 5: Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen im internationalen Vergleich 1980–2022. Quellen: World Inequality Database (Nettovermögen pro Person), ESTV (Reinvermögen Steuerzahlende ohne PK-Ansprüche), eigene Berechnungen.

Haupttreiber der Ungleichheit

Gemäß den Daten des WID hat sich der Reichtum in den Nachkriegsjahren in wichtigen Industrieländern wie den USA, Großbritannien und Frankreich zunächst gleichmäßiger verteilt. In den 1970er und 1980er Jahren blieb sie etwa konstant, danach nahm die Ungleichheit wieder deutlich zu.[14] Auch in der Schweiz war der Verlauf ähnlich, genauere Daten der ESTV gibt es erst seit Ende der 1960er Jahre. Diese zeigen, dass die Reichtumsverteilung in der Schweiz, gemessen am Anteil des reichsten Prozents und der reichsten 10 Prozent, von Ende der 1960er Jahre bis ca. 1990 sehr stabil war. Abbildung 5 zeigt ab 1980 einen ähnlichen Verlauf in Frankreich, während in den USA die Vermögenskonzentration bereits vorher einsetzte. Ähnlich wie in den USA stieg in der Schweiz die Ungleichheit dann seit den 1990er Jahren rasant an, im europäischen Durchschnitt nahm die Ungleichheit zwar auch zu, aber in einem viel geringeren Maß.

Diese Unterschiede könnten damit erklärt werden, dass der zunehmende Reichtum im oberen Segment vor allem durch den Zuzug von Kapitalbesitzer:innen aus dem Ausland entstanden ist. Tatsächlich gibt es zahlreiche Beispiele von Unternehmern und reichen Familien, die ihren Wohnsitz oder auch den Sitz ihrer Firmen in den letzten Jahrzehnten in die Schweiz verlegt haben, wie zum Beispiel die Familien Kamprad (Ikea), Kühne (K&N), Müller (Drogerien) und andere. Eine Studie aus dem Jahr 2021 untersucht auf

14 Gemäß Piketty trifft dieser Verlauf für ganz Europa und die USA zu (Piketty 2014).

der Basis von Steuerdaten des Kantons Luzern den Einfluss von vermögenden Zugezogenen auf die Ungleichheit der Vermögensverteilung. Sie weist nach, dass der Einfluss von reichen Zugezogenen aus dem Ausland auf die Vermögensverteilung zwar vorhanden, aber gering ist. Etwa fünf Sechstel des Anstiegs des Vermögensanteils des obersten Prozents seien „hausgemacht" (Brülhart, Krapf und Schmidheiny 2021). Die großen Unterschiede bei Einkommens-, Vermögens- und Unternehmenssteuern zwischen den Kantonen befeuern allerdings den Steuerwettbewerb und ermöglichen es Firmen und reichen Personen, ihre Steuerbelastungen zu optimieren (vgl. Abbildung 6).

„Hausgemachte" Ungleichheit

Haupttreiber der zunehmenden Ungleichheit ist folglich die inländische Konzentration von Kapital- und Liegenschaftsbesitz im obersten Segment der Bevölkerung, und diese beschleunigte sich ab den 1990er Jahren. Sie wird dadurch verstärkt, dass große Vermögen über Generationen vererbt werden. Die Bedeutung der Erbschaften hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Betrugen diese in den 1950er Jahren noch rund 5 Prozent des Volkseinkommens, erreichten sie in den 2010er Jahren bereits rund 13 Prozent. Jeder zweite Vermögensfranken stammt heute aus einer Erbschaft, und die Konzentration dieser Erbschaften auf die Schichten mit den höchsten Einkommen und Vermögen ist markant. Im Kanton Bern gingen 57 Prozent aller Erbschaften an die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung (Fluder, Farys und Baumann 2023). Dies trägt dazu bei, dass die großen Vermögen in den gleichen Familien konzentriert und bestehende Klassenstrukturen konserviert werden. Die soziale Mobilität über Generationen hinweg ist in der Schweiz sehr gering.[15]

Zur zunehmenden Ungleichheit der finanziellen Ressourcen trägt zudem bei, dass Personen mit den höchsten Vermögen gleichzeitig auch über die höchsten Einkommen verfügen. So verfügt die einkommensschwächste Hälfte der Bevölkerung praktisch über kein Vermögen, während die obersten 10 Prozent 45 Prozent aller Vermögen besitzen; im obersten Einkommensperzentil nimmt das Vermögen exponentiell mit dem Einkommen zu (Fluder, Farys, Hümbelin und Jann 2017).

Vermögen haben im Vergleich zum jährlich generierten Einkommen stetig zugelegt. In den 1970er Jahren betrug das Gesamtvermögen in der Schweiz etwa das 4,5-Fache des Gesamteinkommens, heute ist es bereits siebenmal so hoch (Baselgia und Martinez, 2020).

15 Dies äußert sich auch dadurch, dass Kinder aus „bildungsfernen" Familien und aus Familien mit niedrigem sozio-ökonomischen Status bedeutend weniger Chancen auf eine höhere Ausbildung haben, siehe dazu die Ergebnisse des TREE-Projekts der Universität Bern (TREE 2024).

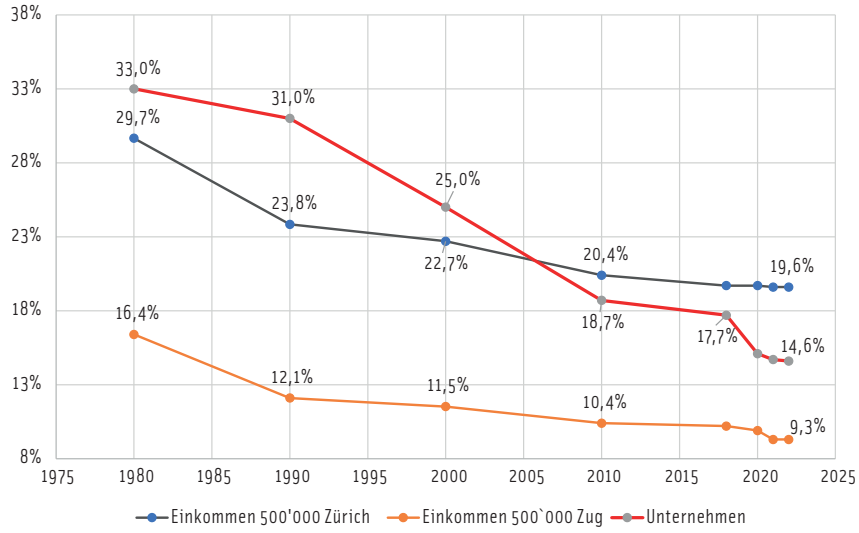

Abbildung 6: Besteuerung hoher Einkommen und Unternehmen in Prozent, 1980–2022. Quellen: ESTV, Steuerbelastung natürlicher Personen in den Kantonshauptorten, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuer. KPMG 2024: durchschnittlicher, ordentlicher Gewinnsteuersatz aller Kantonshauptorte. Hinzu kommt die Bundessteuer, 2022 betrug diese 8,8 Prozent des Bruttoeinkommens.

Steuerpolitik im Dienst der Oberschicht

Verstärkt wird die Ungleichheit durch zwei weitere Faktoren: Die Rendite großer Vermögen ist in der Regel deutlich höher als bei kleinen Vermögen, weil andere Anlagemöglichkeiten bestehen und größere Risiken eingegangen werden können. So erzielen Haushalte mit einem Median-Vermögen durchschnittlich nur 0,34 Prozent Rendite, während das reichste Vermögensprozent mit einer Rendite von 2,25 Prozent rechnen kann. Schon deshalb wachsen große Vermögen schneller als kleine (Brülhart, Krapf und Schmidheiny 2021). Es kommt hinzu, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern mit 36 Prozent eine der tiefsten Wohneigentumsquoten hat. Ein großer Teil der Bevölkerung konnte deshalb nicht von den stark steigenden Liegenschaftspreisen der letzten Jahrzehnte profitieren.

Eine wichtige Rolle bei der zunehmenden Ungleichheit der Vermögen nimmt die Steuerpolitik ein. Angesichts der oben beschriebenen Bedeutung der Erbschaften hat insbesondere die Abschaffung der Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen in fast allen Kantonen zu einer ungleicheren Verteilung des Reichtums beigetragen. In der Schweiz wurden in den letzten Jahrzehnten die drei Komponenten der direkten Steuern mit dem größten Gewicht, nämlich die Einkommenssteuer, die Vermögenssteuer und die Unternehmenssteuer, gesenkt und dies hauptsächlich zugunsten der reichen Steuerzahlenden. Abbildung 6 zeigt, dass die Reduktion bei der Unternehmenssteuer am markantesten ist, sank diese doch seit 1980 von 33 auf heute

14,6 Prozent, womit sie sich mehr als halbiert hat. Hinzu kamen im Rahmen der Unternehmenssteuerreform weitere Steuererleichterungen, wie zum Beispiel die Teilbesteuerung von Dividenden. Auch die Besteuerung hoher Einkommen ist deutlich gesunken; in Abbildung 6 dargestellt anhand der Besteuerung eines Einkommens von 500 000 Franken in den Kantonen Zürich und Zug. Zudem wurde die Vermögenssteuer in den letzten Jahrzehnten gesenkt. Der Grenzsteuersatz fiel im Durchschnitt aller Kantone von über 0,8 Prozent im Jahr 1980 auf heute unter 0,5 Prozent. Laut einer Studie der ETH Zürich für mehrere Kantone hatte die Senkung der Vermögenssteuer einen direkten Einfluss auf die Vermögenskonzentration, indem sich der Anteil der Top-1%-Vermögenden als direkte Folge der Steuersenkung erhöhte (Marti, Martinez und Scheuer 2023).

In welchem Ausmaß große Vermögen und Einkommen steuerlich begünstigt werden und wie der Steuer-Föderalismus von Kapitalbesitzer:innen und Vermögenden ausgenützt werden kann, zeigt eine Studie, die die Höhe der Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben eines Multimillionärs- und eines Milliardärshaushalts aufzeigt und dies mit einer Mittelstandsfamilie vergleicht (Martinez 2024). Dabei wurden neben der Einkommens- und Vermögenssteuer auch alle Sozialabgaben, also AHV, BVG und Krankenkassenprämien berücksichtigt. Die Muster-Millionärsfamilie im Kanton Zug besitzt ein Vermögen von 88 Millionen, vor allem angelegt in Anteilen des eigenen Unternehmens, und hat ein jährliches Einkommen von 6,3 Millionen.[16] Unter Einbezug der Unternehmenssteuern müsste diese Familie 27,3 Prozent ihres Bruttoeinkommens an Steuern und Abgaben zahlen. Wenn sie ihr Vermögen über eine Beteiligungsgesellschaft verwaltet, wären es sogar nur 18,5 Prozent. Diese Steueroptimierung über Beteiligungsfirmen ist legal und wird von den meisten reichen Familien angewendet.

Beim Roche-Erben Duschmalé wird das Vermögen auf 1,4 Milliarden geschätzt, bei einem Einkommen von 45 Millionen. Im Kanton Basel-Stadt, der höhere Steuersätze anwendet als der Kanton Zug, zahlt diese Familie unter Verwendung einer Beteiligungsgesellschaft nur 28,6 Prozent an Steuern und Sozialabgaben. Eine Mittelstandsfamilie im Kanton Zug mit einem Einkommen von 200 000 Franken muss total 15,8 Prozent ihres Einkommens an Steuern und Abgaben berappen, in Basel-Stadt sind dies 25,8 Prozent. Eine Multimillionärsfamilie im Kanton Zug, die ihr Vermögen mittels Beteiligungsgesellschaft verwaltet, bezahlt also nur wenige Steuerprozente mehr als eine Mittelstandsfamilie im gleichen Kanton. Und eine Mittelstandsfamilie in Basel-Stadt wird steuerlich erheblich mehr belastet als die Multimillionäre im

16 Für dieses fiktive Beispiel einer Millionärsfamilie mussten von der Autorin der Studie aufgrund empirischer Daten gewisse Annahmen getroffen werden, zum Beispiel über die Höhe der Kapitalrendite, die der Realität möglichst nahekommen sollen.

Kanton Zug. Selbst der Milliardär Duschmalé zahlt prozentual kaum mehr Steuern als eine Mittelstandsfamilie in Basel-Stadt.

Die Wende hin zu einer Steuerpolitik zugunsten von Großunternehmen und vermögenden Personen setzte mit der neoliberalen Wende der 1980er Jahre ein und hat bewirkt, dass die Steuern heute in der Schweiz kaum mehr eine umverteilende Wirkung ausüben und sich weit vom Verfassungsgrundsatz einer „Besteuerung nach Leistungsfähigkeit" entfernt haben. Im Gegenteil, diese Politik hat wesentlich dazu beigetragen, dass Kapitalbesitzende und wohlhabende Familien in diesem Land immer reicher und mächtiger wurden.

Hohe Armutsquote bei zunehmendem Reichtum

Während Personen und Haushalte mit den höchsten Einkommen und Vermögen seit der Jahrhundertwende ihren Reichtum ausbauen konnten, hat die Zahl der von Armut Betroffenen seit den 1970er Jahren deutlich zugenommen. Zuverlässige Zahlen zu den Armutsquoten[17] über mehrere Jahrzehnte existieren nicht. Die Anzahl der Sozialhilfefälle ist jedoch ein guter Indikator für die Armutsbetroffenheit. Für die Stadt Zürich existieren dazu Statistiken seit 1933 (Statistik Stadt Zürich 2024). Demnach nahmen die Sozialhilfefälle nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die frühen 1970er Jahre stark ab und es mussten nur noch wenige Haushalte mit Sozialhilfe unterstützt werden. In der Krise der 1970er Jahre nahmen die Sozialhilfefälle erstmals wieder deutlich zu. Hauptsächlich während der langen Krisenphase der 1990er Jahre und der Krise 2002/2003 zeigte sich eine stark zunehmende Abhängigkeit von Sozialhilfe, die jeweils parallel zur Arbeitslosigkeit anstieg, wobei nach der Krise die Betroffenheit durch Sozialhilfe hoch blieb und in der nächsten Krise weiter zunahm. Der durch die Krise induzierte Strukturwandel und der technologische Wandel führten bei gewissen Beschäftigungsgruppen zu einer Entwertung der vorhandenen Qualifikationen. Ein Teil davon konnte sich nicht anpassen und hat den Anschluss an den Arbeitsmarkt verloren. Seit Mitte der Nullerjahre veränderte sich dies: Zwischen 2007 und 2013 nahm die gesamtschweizerische Armutsquote trotz Finanzkrise ab und stieg zwischen 2013 und 2019 in einer Phase mit einem permanenten Wirtschaftswachstum wieder deutlich um fast 50 Prozent oder 2,8 Prozentpunkte an (Denknetz 2024). Seither ist die Armutsquote stabil und ging erst 2022 etwas zurück.

2022 waren 8,2 Prozent der Bevölkerung oder über 700 000 Personen von Einkommensarmut betroffen. Einer kleinen Gruppe von Superreichen steht somit ein ungleich größerer Bevölkerungsteil von Haushalten gegenüber, deren Einkommen für die Existenzsicherung und eine minimale Partizipation am gesellschaftlichen Leben nicht ausreicht.

17 Der im Folgenden verwendete Indikator „Armutsquote" gibt an, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, deren Einkommen unter dem sozialen Existenzminimum liegt.

Besonders hohe Armutsrisiken tragen Alleinerziehende, Alleinlebende und Personen aus nichteuropäischen Ländern. Stetig zugenommen haben die Working Poor, der Anteil jener Personen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind. Ihr Anteil am Total der Erwerbstätigen ist von 2,7 Prozent im Jahr 2013 auf 4,2 Prozent gestiegen (Denknetz 2024). An diesen Armutsrisiken zeigen sich deutliche Lücken im System der sozialen Sicherung. Während die Steuern für Haushalte mit Spitzeneinkommen und Vermögen gesenkt wurden, wurde die Gewährung von Leistungen für bedürftige Personen immer restriktiver. Möglicherweise haben jedoch Maßnahmen während Krisen (zum Beispiel Unterstützungsmaßnahmen während der Pandemie) und Reintegrationsmaßnahmen die Folgen von Krisen eingeschränkt. Andererseits ist der Zugang zu Leistungen der Sozialhilfe und IV in den letzten Jahren aufgrund des Drucks von rechtspopulistischen Kreisen restriktiver geworden. Ein Beispiel dafür ist das revidierte Ausländergesetz, welches die Möglichkeit eröffnet, bei Abhängigkeit von Sozialhilfe das Aufenthaltsrecht nicht zu verlängern. In der Folge verzichten die betreffenden Personen oft darauf, Sozialhilfeleistungen zu beantragen. Entsprechend hoch ist die Quote des Nichtbezugs von Sozialhilfeleistungen: So verzichten zum Beispiel in Basel-Stadt knapp 30 Prozent der Anspruchsberechtigten auf Sozialhilfeleistungen, in Bern sind es gar 37 Prozent (Hümbelin, Farys, Jann und Lehmann 2021, Fluder, Farys und Baumann 2021). Auch die steigenden Krankenkassenprämien und Mieten sowie die hohe Inflation haben die Budgets der Haushalte mit niedrigen Einkommen in den letzten Jahren stark belastet. Stark davon betroffen sind die vielen Haushalte mit einem Einkommen knapp über der Armutsgrenze. Gemessen an der etwas höheren Armutsgefährdungsquote[18] waren 15,8 Prozent der Bevölkerung arm oder armutsgefährdet.

Fazit

In der Schweiz hat das Wirtschaftswachstum in den ersten Nachkriegsjahrzehnten dazu geführt, dass die meisten Bevölkerungsschichten von unmittelbarer Armut befreit wurden. Die Ungleichheit in der Gesellschaft hat sich aber dadurch nicht verringert, sondern konserviert oder sogar akzentuiert, und seit der neoliberalen Wende hat die Armut wieder zugenommen.

Wie in den meisten anderen Industrieländern war die Einkommensungleichheit während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach in der Schweiz groß, wenn auch etwas geringer als in vergleichbaren Ländern. Das fordistische Nachkriegsmodell war geprägt durch den Ausbau des Sozialstaates, progressive Steuersysteme und das Erstarken der Gewerkschaftsbewegungen, einhergehend mit schnell wachsenden Löhnen und höheren

18 Im Unterschied zur absoluten Armutsquote, gemessen am Existenzminimum, liegt die Armutsgrenze bei der Armutsgefährdungsquote bei 60 Prozent des Medianhaushaltseinkommens (BFS, 2024b).

Renten. Betrachtet man den Anteil des reichsten Prozents der Bevölkerung am Gesamteinkommen, sinkt die Ungleichheit in vielen Ländern ab den 1950er Jahren deutlich. In der Schweiz blieb die Einkommensverteilung bis in die 1960er Jahre stabil, war aber eine der ungleichsten, sogar ungleicher als jene in den USA.

Dann setzte in der Schweiz mit dem verspäteten Ausbau des Wohlfahrtstaates die Entwicklung zu mehr Verteilungsgerechtigkeit ein. Marksteine waren der Ausbau der AHV und die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung in den frühen 1980er Jahren. Ab 1980 erfolgte die weltweite neoliberale Wende, eingeläutet durch die Reformen in der „Thatcher-/Reagan-Ära". Diese war gekennzeichnet durch die Deregulierung der Arbeitsmärkte, den einsetzenden Sozialabbau, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie Steuersenkungen für Unternehmen und auf hohe Einkommen und Vermögen. Ab den 1990er Jahren wurden die Finanzmärkte dereguliert, und im Zuge der Arbeitsmarktderegulierung und des rasanten Strukturwandels wurde die Gewerkschaftsbewegung geschwächt. Diese Entwicklungen führten dazu, dass die obersten Einkommensgruppen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsschichten übermäßig von Produktivitäts- und Wachstumsgewinnen profitierten. Zudem reduzierten der Sozialabbau und die Steuersenkungen die staatliche Umverteilung von oben nach unten deutlich.

Der deregulierte Arbeitsmarkt führte zu einer Zunahme der nichtstandardisierten Arbeit (Keely 2015). Insbesondere Temporärarbeit, befristete Anstellungen, Arbeit auf Abruf, freiwillige und unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie Pseudoselbstständigkeit erhöhen die Ungleichheit des Erwerbseinkommens. Digitalisierung und Globalisierung haben diese Entwicklung verstärkt.

Besonders ausgeprägt ist in der Schweiz die starke und zunehmende Konzentration von Produktivkapital, Finanzkapital und Liegenschaftsvermögen bei einer kleinen Schicht der Bevölkerung. Die geringe soziale Mobilität, hohe Erbschaften über Generationen und eine Steuerpolitik im Interesse der Vermögenden haben die Klassenstrukturen in den letzten Jahrzehnten nicht nur konserviert, sondern verstärkt.

Literatur

BFS, 2023: Schweizerischer Lohnindex, Bundesamt für Statistik. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten/lohnindex.html

BFS, 2024a: Gender overall earning gap (GOEG). Bundesamt für Statistik. https://www.bfs.admin.ch/bfs/en/home/statistics/economic-social-situation-population/gender-equality/income/goeg.html

BFS, 2024b. Armutsgefährdung, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen. Bundesamt für Statistik. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken.assetdetail.30526427.html

Baselgia Enea und Isabel Martinez, 2020: A Safe Harbor: Wealth-Income Ratios in Switzerland over the 20th Century and the Role of Housing Prices. KOF Working Papers, Nr. 487, Dezember 2020

Baumann, Hans und Robert Fluder, 2024: Verteilungsbericht 2024: Reiche Schweiz? Fast die Hälfte besitzt nichts oder fast nichts. In: Franzini, Luzian, Nadja Mosimann, Beat Ringger, und Pascal Zwicky (Hg.): Denknetz Jahrbuch 2024: Noch Hoffnung? Von den Möglichkeiten der Solidarität im Wirbel von Krisen. Zürich, 173–188

Brülhart Marius, Matthias Krapf und Kurt Schmidheiny, 2021: Die steigende Vermögenskonzentration in der Schweiz ist grösstenteils hausgemacht. In: Batz.ch, Forum für Schweizer Wirtschaftspolitik, 9.9.2021

Denknetz, 2024: Gleichheitsmonitor 2023. https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2024/05/20_2024-Denknetz-_-Jahrbuch_Baumann-und-Fluder-Gleichheitsmonitor.pdf (Abfrage 27.8.2024)

ESTV, 2024: Die Ungleichheit der steuerbaren Vermögen in der Schweiz stieg im Covid-19-Jahr 2020 nicht an. Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV, Eidgenössisches Finanzdepartement EFD, Bern

Fluder, Robert, Rudolf Farys, Oliver Hümbelin und Ben Jann, 2017: Verteilung der Vermögen in der Schweiz. In: Baumann, Hans und Martin Gallusser, Roland Herzog, Ute Klotz, Christine Michel, Beat Ringger und Holger Schatz: Denknetz Jahrbuch 2017: Technisierte Gesellschaft. Zürich, 231–245

Fluder, Robert, Rudolf Farys und Hans Baumann, 2021: Vermögenseinkommen – Treiber der Ungleichheit. In: Juso und Denknetz (Hg.): Geld arbeitet nicht – wir schon! Zürich, 94–112

Fluder, Robert, Rudolf Farys und Hans Baumann (2023): Immer mehr Reichtum für wenige. In: Caritas (Hg.): Sozialalmanach 2023 „Ungleichheit in der Schweiz". Luzern

Hümbelin Oliver, Rudolf Farys, Ben Jann und Oliver Lehmann, 2021: Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz. Social Change in Switzerland, Nr. 28

Keely, Brian, 2015: Income Inequality: The Gap between Rich and Poor. OECD Insights, OECD Publishing, Paris

KPMG (2024): Corporate Tax Surveys, Clarity on Swiss Taxes. Zürich. https://kpmg.com/ch/en/insights/taxes/market-outlook-recap-swiss-taxes.html (Abfrage 27.8.2024)

Madörin, Mascha, 2023: Einkommenslücke: Überblick Schweiz. In: Economiefeministe (Hg.): Aggregierte geschlechtsspezifische Einkommenslücke AGEL. www.economiefeministe.ch/faktenblaetter/einkommensluecke (Abfrage 27.8.2024)

Marti, Samira, Isabel Z. Martinez und Florian Scheuer, 2023: Does A Progressive Wealth Tax Reduce Top Wealth Inequality? Evidence From Switzerland. Working Paper ETHZ

Martinez, Isabel Z., 2024: Steuerbelastung der Reichen in der Schweiz: Eine vergleichende Analyse aufgrund verschiedener Modellrechnungen. KOF ETHZ

Martinez, Isabel Z. und Enea Baselgia, 2024: Behavioral Responses to Special Tax Regimes for the Super-Rich: Insights from Swiss Rich Lists. CESifo Working Papers. München

OECD, 2008: Growing Unequal: Income Distribution and Poverty in OECD Countries. OECD Publishing, Paris

OECD, 2021*:* Does Inequality Matter? How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility, Paris

Tages-Anzeiger, 2024: Die Lohnentwicklung gibt Rätsel auf. Artikel vom 27.8.2024. https://www.tagesanzeiger.ch/lohn-in-der-schweiz-die-reallohn-entwicklung-gibt-raetsel-auf-441048069588 (Abfrage 27.8.2024)

Piketty, Thomas 2014: Capital in the Twenty-First Century. London

TREE, 2024: TREE-Studie, Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben (TREE). https://www.tree.unibe.ch/, http://tree-microsite-external-resources.unibe.ch/App_Pathways_Cohort_1/index_ger.html

Schöchli, Hansueli (2023): Bei den Hochlöhnen in der Schweiz ging die Post ab. Online-Artikel der Neuen Zürcher Zeitung vom 3.6.2023. https://www.nzz.ch/wirtschaft/bei-den-hochloehnen-in-der-schweiz-ging-die-post-ab-ld.1740725 (Abfrage 27.8.2024)

UBS (2024): Global Wealth Report. Crafted Wealth Intelligence. https://www.ubs.com/content/dam/assets/wm/global/insights/doc/global-wealth-report.pdf

Verwendete Statistiken und Datenbanken

BSV: AHV-Einkommen nach Perzentilen 1982–2021

BSV: AHV-Einkommen nach Perzentilen 2000–2021, Sonderauswertung

BFS: VGR, Bruttoinlandprodukt nach Einkommensarten und Bruttonationaleinkommen. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/volkswirtschaft.assetdetail.32257468.html (Abfrage 27.8.2024)

BFS: VGR, Bruttosozialprodukt nach Einkommensarten. Historische Daten 1948–1995

BFS: Erwerbstätigenstatistik, Berufliche Stellung der Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigen nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/katalog.assetdetail.32170316.html (Abfrage 27.8.2024)

BFS: Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne 1939–2023. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten/lohnindex/geschichte-sli.assetdetail.31445510.html (Abfrage 27.8.2024)

BFS: Arbeitsproduktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden zu Preisen des Vorjahres. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/volkswirtschaft.assetdetail.32258878.html. (Abfrage 27.8.2024)

ESTV: Gesamtschweizerische Statistik der besteuerten Vermögen (Vermögenssteuerstatistik). Diverse Jahre. https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuerstatistiken-estv/allgemeine-steuerstatistiken/gesamtschweizerische-vermoegenssteuerstatistik.html (Abfrage 27.8.2024)

ESTV: Steuerbelastung in den Kantonshauptorten. Diverse Jahre. https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuerstatistiken-estv/steuerbelastung-schweiz/belastung-kantonshauptorte.html#2083911655 (Abfrage 27.8.2024)

ESTV: Steuerbelastungsstatistik. https://swisstaxcalculator.estv.admin.ch/#/taxburden/income-wealth-tax (Abfrage 27.8.2024)

Statistik Stadt Zürich, 2024: Sozialhilfefälle, Aufwendungen für Sozialhilfe und Arbeitslosenzahl. https://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/portraet_der_stadt_zuerich/digitale-zeitreise/kaufkraft-und-mangel.html (Abfrage 27.8.2024)

WID, 2024: World Inequality Database (WID), Datenbank. https://wid.world/world/#shweal_p90p100_z/US;FR;DE;CN;ZA;GB;WO;CH/last/eu/k/p/yearly/s/false/38.656/100/curve/false/country (Abfrage 27.8.2024)